Große Anfrage

der Fraktionen der CDU/CSU, FDP

betr. Situation des Energiemarktes, insbesondere Lage des Steinkohlenbergbaus

Wir fragen die Bundesregierung:

- 1. Die Bundesregierung hat erklärt, daß die Aufrechterhaltung einer Förderung von 140 Mio t Steinkohle und deren Absatz ermöglicht werden soll.
 - Glaubt die Bundesregierung, mit den bisherigen Maßnahmen, bei denen diese 140 Mio t jährlich tatsächlich gefördert wurden, für die Zukunft auszukommen?
- 2. Wie beurteilt die Bundesregierung die im Rahmen des Rationalisierungsverbandes angemeldeten Zechenstillegungen?
- 3. Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung durchführen, um sicherzustellen, daß sich die weitere Gesundung des deutschen Steinkohlenbergbaus in geordneten und ruhigen Bahnen vollzieht und vor allem, daß das Unsicherheitsgefühl im Bergbau, das die Investitionsbereitschaft behindert und soziale Unsicherheit bei den Bergleuten hervorruft, so schnell wie möglich und endgültig beseitigt wird?
- 4. Wie sind die in der Energiedebatte vom 29. März 1963 angekündigten Konsultationen mit der Olindustrie bisher verlaufen, und wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Entwicklung des Mineralöl- und Erdgasmarktes?
- 5. Welche der in der Energiedebatte vom 29. März 1963 in Betracht gezogenen weiteren Maßnahmen zur Koordinierung der Kohle- und Energiepolitik beabsichtigt die Bundesregierung jetzt durchzuführen, und wird sie gegebenenfalls die Anwendung der Möglichkeiten des Außenwirtschaftsgesetzes in Betracht ziehen?
- 6. Ist die Bundesregierung bereit, dafür zu sorgen, daß Härten für die von den Zechenstillegungen betroffenen Bergleute im größtmöglichen Umfang vermieden werden?
- 7. Welche Aspekte ergeben sich für die Energiepolitik der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Weiterführung der europäischen Integration und im Hinblick auf die Tatsache, daß die stillgelegten und zur Stillegung angemeldeten Zechen in der Bundesrepublik in der Regel höhere Schichtleistungen haben als viele Zechen in anderen Ländern des Gemeinsamen Marktes?

Bonn, den 5. November 1964

Dr. Barzel und Fraktion Zoglmann und Fraktion